

DDR-Denkschrift

(10/1989)

In der Sowjetunion ist die industrialisierte Form der asiatischen Produktionsweise (Zentralverwaltungswirtschaft) gescheitert und die Nationale Frage ist für alle Völker, einschließlich des russischen, wieder aufgeworfen. Beide Probleme, das wirtschaftliche wie das nationale, sind dringlich und bedürfen der Lösung. Für die SED als regierender Partei der DDR stellen sich dieselben Aufgaben, nur daß die nationale Frage für die DDR weit wichtiger ist als die Systemfrage. Denn man muß der SED-Regierung zugute halten, daß sie aus der Zentralverwaltungswirtschaft mehr gemacht hat als jede andere der regierenden kommunistischen Parteien

So sehr sich also die SED die (relativen) Erfolge der mitteldeutschen Staatswirtschaft zurechnen kann, so wenig ist sie für deren enge Leistungsgrenzen verantwortlich; dies sind Systemgrenzen. Und das System selber haben die mitteldeutschen Kommunisten nicht zu verantworten; es wurde ihnen nach Potsdam durch das interalliierte Prinzip *cujus regio ejus oeconomia* ebenso aufgezwungen, wie den Westzonen der undeutsche Wallstreet-Kapitalismus.

Nachdem Rußland in den achtziger Jahren den geschichtlichen Horizont Europas wieder aufgerissen hat, sind alle Leistungen aus der Zeit der Systemkonfrontation entwertet. Weil der Wallstreet-Kapitalismus leistungsfähiger als die Staatswirtschaft ist, sind die Entwertungsverluste des Westens beträchtlich größer als die des Ostens. Rußland hat die Systemkonfrontation dramatisch abgebaut und realisiert einen beträchtlichen ideologischen Mehrwert, während die zögernde SED entsprechende Verluste einführt. Ein neuer Horizont schafft neue Perspektiven, und jedes Haften an der alten Perspektive vergrößert die Verluste. Besonders gilt dies für die DDR, in der das Westfernsehen die kapitalistische Revolution zu ungebremsster propagandistischer Wirkung bringt.

Läßt man die Entwicklung schleifen, führt das zum Triumph des Bonner Wallstreet-Kapitalismus wie zur Verewigung der Teilung Deutschlands. Mitteldeutschland braucht somit zweierlei:

1. ein neues Staatsziel für die DDR und
2. ein neues Kampfziel für die SED.

Deutschland, schreibt Hans-Dietrich Sander in seinem Nationalen Imperativ, *kann*

beliebig von jedem seiner Teile erneuert werden. Warum also nicht auch von dem mitteldeutschen Staat?! Eine DDR, die eine nationale Politik verfolgte und zielstrebig **Das Deutsche Reich** wiederherstellte, die *Reichsrecht* streng beachtete, hätte die Chance, der BRD den Alleinvertretungsanspruch auf das Deutsche Reich insofern streitig zu machen, als sie tatsächlich *Reichspolitik* verfolgte. Wie einst Preußen könnte die DDR zum staatlichen Hoffnungsträger der *Reichserneuerung* werden. Um diese Rolle eines außenpolitischen Riesen spielen zu können, bedarf es einer innenpolitischen Reform, deren Kern ein neues Kampfziel für die SED und eine Umorientierung der Blockparteien und der Nationalen Front ist. Es muß der Mangel an Rechtsstaatlichkeit beseitigt und die Stärke der DDR, ein Verwaltungsstaat mit einheitlichem Willen und bloßer *Gewaltenunterscheidung* zu sein, ausgebaut werden. Die DDR entspräche dann dem Staatsbegriff der klassischen deutschen Philosophie, die das westliche Aufklärungskonzept des parlamentarischen Verfassungsstaates überwunden hat, welcher Gewaltenteilung und entsprechend auseinanderstrebende staatliche Willensäußerungen zuläßt.

Neues Staatsziel der DDR sei also: **Das Deutsche Reich**. Neues Kampfziel der SED hingegen sei die Selbstverwandlung in den Allgemeinen Stand, in einen muster-gültigen preußischen Militär- und Beamtenkader. Der mitteldeutsche Staat an sich soll bis zur Erreichung des Staatszieles eine *Absolute Republik* sein, dann aber der verfassungsgebenden Gewalt des ganzen deutschen Volkes im wiedervereinigten Reich sich unterwerfen.

Damit ist die DDR als provisorischer Staat und als Frontorganisation im nationalen Befreiungskampf des deutschen Volkes definiert. Der Staatsverband DDR ist dann *die* Nationale Front, der sich *jeder* Volksdeutsche anschließen kann, auch wenn er seinen Hauptwohnsitz in West-, Ost- oder Bergdeutschland hat.

Die inneren Reformen in der DDR sollen sicherstellen, daß es

- keinen Anschluß an den Rheinbund,
- keine parlamentarische Regierungsbildung,
- keine Österreichisierung,
- keinen Kosmopolitismus,
- keine Amerikanisierung,
- keinen Wallstreet-Kapitalismus à la Frankfurt am Main und
- keine multikulturelle Gesellschaft

in Mitteldeutschland gibt. Diese deutlichen Unterschiede zu den anderen Deutschlandern sind nationalpolitisch erwünscht, damit dem deutschen Volk - für seine Verfassungsentscheidung nach der Wiederherstellung des Reiches - neben dem Bonner Parlamentarismus, der Wiener Präsidialdemokratie und der schweizerischen Eidgen-

nossenschaft eine weitere praktizierte Verfassungswirklichkeit anschaulich ist.

Erwünscht ist ein deutscher Rechts- und Ordnungsstaat, aber kein Liberalismus; ein demokratischer Autoritarismus, aber kein autoritärer Demokratismus als Medokratie. Der Staat muß entparteilich und die Partei entstaatlicht werden. Die ökologisch-sozialen Prärogative des Staates müssen gesichert, die Marktwirtschaft muß freigegeben, aber volkswirtschaftlich gebündelt sein. Nicht der Weltmarkt und die Unterwerfung der deutschen Arbeiterklasse unter die globale Nachfrage, nicht der Fordismus, die amerikanische Massenproduktion, darf Richtschnur des Wirtschaftens sein, sondern das nationale Bedürfnis nach Deutscher Wertarbeit. Voraussetzung ist natürlich die Wiederherstellung aller deutschen Eigentumsrechte an Grund und Boden, Produktionsmitteln und Gebrauchsgütern, einschließlich aller geistigen Eigentumsrechte. Es sollte einen Nationalkapitalismus geben, der der nationalen deutschen Bourgeoisie die Flucht aus den Klauen der internationalen Finanz ermöglicht, indem er ihr in Mitteldeutschland ein Wirtschaftsreduit mit *Investitionsverbot für raumfremde Kapitalien* bereitstellt. Mit dieser volkswirtschaftlichen und eigenbedarfsorientierten Schutzpolitik schafft die DDR eine protektionistische Alternative zum Freihändlerischen Exportimperialismus der westdeutschen Wirtschaftspolitik. Durchführen können diese Politik natürlich keine Leute, die nur Moses und die Propheten aus dem "Kommunistischen Manifest" kennen; dafür braucht es Staatsmänner, die "Das Kapital" wirklich verstanden haben.

Deutschen Unternehmern, die in der DDR neue Fabriken bauen, sollte für bestimmte Zeit ein mitteldeutsches Marktmonopol eingeräumt werden. Die EG-Aktivitäten können so geschwächt und die Unternehmensstrategien auf Mittelosteuropa umgelenkt werden. Skandinavisches und niederländisches Kapital kann mit österreichischem, schweizer- und westdeutschem Kapital gleichgestellt, somit als nicht raumfremd bestimmt werden.

Die Teilsouveränität des mitteldeutschen Volksteiles sollte durch Direktwahl eines Staatsoberhauptes einen provisorischen Ausdruck erhalten. Das Oberhaupt beruft den Regierungschef, den Zensor, den Oberkommandierenden der Streitkräfte, bestimmt Wahltermine, beruft das Parlament ein und hat das Recht seiner Auflösung. Die Wahl des Staatsoberhauptes ist gleich und gebunden. Wählbar sind

1. die legitimen Prätendenten des preußischen und des sächsischen Thrones,
2. der fähigste Kopf des Offizierskorps, den dieses vorschlägt,
3. der fähigste Kopf der Beamtenschaft, den diese vorschlägt,
4. der fähigste Kopf der Richterschaft, den diese vorschlägt,
5. der Führer der absoluten Parlamentsmehrheit oder
6. ein durch Volksbegehren gekürter Volksführer.

Durch Volksbegehren ist gegen das Staatsoberhaupt ein konstruktives Mißtrauensvotum möglich. Dadurch gewinnt die DDR einen *Demokratievorsprung* vor der BRD, was ihr ermöglicht, in einen Wettlauf um die Vertretung des Deutschen Reiches und damit des ganzen deutschen Volkes einzutreten. Als Erstes muß gewährleistet sein, daß jeder Volksdeutsche mit der Deutschen Reichsbahn in die DDR fahren und dort umstandslos seine Reichsbürgerschaft sich bestätigen und von den DDR-Behörden sich einen Paß ausstellen lassen kann. Ein Teil der geflüchteten alten Eliten wird, sobald ihre Eigentumsrechte wiederhergestellt sind und die Rechtsstaatlichkeit garantiert ist, ganz oder teilweise wieder nach Mitteldeutschland zurückkehren. Die DDR kann dann gezielt Unternehmen und Existenzgründer aus den anderen deutschen Staaten anwerben. Wenn man die Sanierung der DDR-Wirtschaft einem anerkannten deutschen Wirtschaftsführer anvertraut, kann mittelfristig die Loyalität der westdeutschen Kapitalistenklasse von Bonn abgezogen und wieder auf Berlin-Mitte zurückgelenkt werden.

Der DDR-Staatsverband wird in seinem reformierten Zustand aus Staat und bürgerlicher Gesellschaft bestehen. Der Staat als Allgemeiner Stand besteht aus drei Unterständen: dem Wehrstand (Offiziers- und Unteroffizierskorps), dem Verwaltungsstand (Beamtschaft) und der Richterschaft. Alle drei Teilkörperschaften des Allgemeinen Standes erneuern sich durch Kooptation. Sie sind an das Prinzip der Rechtsstaatlichkeit und an die Weisungen des Staatsoberhauptes gebunden. Die bürgerliche Gesellschaft besteht (nach Marx) aus den drei Hauptklassen der Arbeitskraftbesitzer, der Kapitalbesitzer und der Grundbesitzer, ferner der Zwischenklasse (Bauern, Mittelstand, freie Berufe und sonstige Selbständige). Aktive Teile dieser Gesellschaftsklassen organisieren sich unter freiheitlichen Verhältnissen in Parteien des sozialistischen, liberalen, konservativen und unabhängigen Typs, um ihre gesellschaftspolitischen Interessen zu vertreten.

Dem Parlament, das die sozialen Klassen und ihre Produktionsfaktoren repräsentiert, obliegt die Gesellschaftspolitik; dem Allgemeinen Stand untersteht die Staatspolitik; das Volk und der von ihm ermächtigte Präsident macht die nationale Politik der Reichserneuerung, welcher Staats- und Gesellschaftspolitik untergeordnet sind. Die Gesetzgebungskompetenz des Parlaments beschränkt sich folglich auf die Normierung der in ihm repräsentierten Produktionsfaktoren, insofern dies nicht durch Kollektivverträge der Tarifpartner geschehen ist. Alle politischen Entschlüsse und Normierungen (Gesetze) in Staatsapparat und Parlament bedürfen zu ihrer Inkraftsetzung der Zustimmung des Staatsoberhauptes, das die Souveränität des Volkes und seinen Gemeinwillen zu hüten hat.

Die Wahl zum Parlament ist frei und gleich, die Kandidatur für bestimmte Par-

teien wie ihre Mitgliedschaft aber gebunden. In der sozialistischen Partei kann nur ein Arbeitnehmer, in der liberalen Partei nur ein Kapitalist, in der konservativen Partei nur ein Grundeigentümer und in der unabhängigen Partei nur ein Selbständiger Mitglied und Kandidat werden. Bezahlte Funktionäre von Parteien, Kirchen oder Wirtschaftsverbänden sind von Mitgliedschaft wie Kandidatur ausgeschlossen, ebenso alle Angehörigen des Allgemeinen Standes. Das Parlament besteht somit aus Vertretern der verschiedenen sozialen Gruppen, die vom ganzen Volk frei gewählt sind; durch deren Zahlenverhältnis bestimmt der Souverän darüber, wie in der Gesellschaftspolitik die Gewichte verteilt werden.

In der DDR, so wie sie heute nun einmal beschaffen ist, scheint die Brechung des Machtmonopols der SED ein Problem zu sein, das aber nicht schwieriger aufzulösen ist als das Machtmonopol des Parteiensystems in Westdeutschland und im österreichischen Bergdeutschland. Die Partei (bzw. die Parteien) hat sich zum überwiegenden Teil in Staatsapparat verwandelt, und die meisten Parteimitgliedschaften sind sowieso nur eine für den Staatsdienst erfüllte Voraussetzung. Bei der jetzt im mitteleuropäischen Staat (und über kurz oder lang auch im westdeutschen) anfallenden Umgestaltung hat jedes Parteimitglied in Staatsfunktion sich entweder für die Partei oder für den Staat zu entscheiden. Danach müssen Dienstetiquetten wie Parteibücher erneuert werden. Schon immer war die SED die offenbarte Wahrheit des gesamtdeutschen Parteiensystems; leistet sie jetzt von sich aus ihren Offenbarungseid, wird die Herrschaft der Parteiensysteme in den übrigen deutschen Teilungsstaaten spätestens dann politisch zahlungsunfähig, wenn die SED als nationale Arbeiterpartei und die DDR als reichspolitischer Rechtsstaat saniert sind. Die Umwandlung einer Volkdemokratie in eine Volksmonarchie wird in der Verfassungsgeschichte Europas ein neues Kapitel aufschlagen: ein Schritt voran zu mehr Volksfreiheit und weniger Parteien- und Medienwillkür.

Die größten Chancen einer erneuerten DDR liegen aber auf außenpolitischem Gebiet; sie kann die Wiedervereinigung vorrangig mit Österreich anstreben und die tausend Jahre alte Reichsgenossenschaft mit den Tschechen wiederherstellen, in Skandinavien um wirtschaftliches Engagement und Neusiedler mit dem Begriff des Deutschen als dem Gemeinschaftsunternehmen aller germanischen Völker werben, sie kann mit Österreich eine an den Schweizer Franken gekoppelte Währungsunion bilden und viele andere symbolträchtige Handlungen mehr, die den Interessenschwerpunkt deutscher Geschichte vom Rheingraben zurück auf die Linie Wien-Prag-Berlin lenken. Mittel- und Bergdeutschland können als Zwischentappe zur Wiedervereinigung mit Westdeutschland auch einen Sonderbund mit dem Freistaat Bayern anstreben. Die Zonen der Besatzungsmächte braucht das in keiner Weise zu

berühren, denn bei liquidiertem Ost-West-Konflikt werden sich die Bündnisse sowie so zu politischen Sicherheitszonenverträgen entmilitarisieren. Gottseidank ist die BRD kein monolithischer Einheitsstaat, und man kann ja auch schwerlich für die Balten das Recht zum Austritt aus der Sowjet-Union fordern, den Bayern aber den Austritt aus dem Bonner Rhein-Bund und den Anschluß an die Stammesbrüder ihrer eigenen Ostmark verweigern.

Das sicherheitspolitische und eurostrategische Interesse Rußlands, diese Politik der DDR zu dulden und zu decken, liegt darin, die deutsche Karte ohne Bonn und gegen seinen Willen spielen zu können. Dieses Spiel könnte z.B. folgendermaßen aussehen: Bonn verzichtet auf ewig und immer auf "Westpolen", d.h. auf Ostdeutschland, woraufhin die Deutsche Demokratische Republik gegenüber Frankreich erklärt, keine Ansprüche auf Elsaß-Lothringen zu haben, unterstützt dort aber die deutsche Kulturarbeit; Rußland bemängelt die schlechte Verwaltung seiner ostdeutschen Besatzungszone durch Polen; die DDR verlangt von Rußland die Beendigung der polnischen und tschechischen Verwaltung Ostdeutschlands und die Überführung in DDR-Verwaltung; die BRD wirft dann wohl der DDR Linksfaschismus vor, die ihrerseits mit antisowjetischer Kriegstreiberei replizieren kann, weil Westdeutschland in Hitlerscher Manier Polen gegen Rußland in Stellung bringen und zu territorialen Ansprüchen gegen die russische Besatzungszone verleiten wolle, usw. usf.

Die Stärke der BRD, ein Rechtsstaat zu sein, in welchem das BGB Gültigkeit hat, schwindet; Rechtserweichung, organisiertes Verbrechen und alltägliche Unordnung machen sich breit; fügt nun die DDR ihrem alten Vorteil, ein zentralisierter Ordnungsstaat zu sein, den neuen eines Rechtsstaates mit striktem Eigentumsschutz hinzu, wird in Westdeutschland bald die Zahl der DDR-Anhänger die der Gorbatschow-Bewunderer übertreffen.

Die DDR muß gezielt die Vertriebenenverbände umwerben und im Berliner Regierungsviertel eine vorläufige Reichsverwaltung des Deutschen Ostens einrichten und noch vor Rückgabe der Hoheitsrechte über diese Gebiete die privaten Besitzrechte der Reichsdeutschen gegenüber den derzeitigen Verwaltern Ostdeutschlands einfordern. Gelingt es, die Vertriebenen den Unionsparteien abspenstig zu machen, ist das westdeutsche Parteiensystem ruiniert; es wird sich ein neues System von Parteien der Nationalen Front herausbilden, die mit ihren mitteldeutschen Schwesterparteien zusammenarbeiten und insgesamt das neue Staatsziel der DDR unterstützen. Der Kampf um Deutschland wird für die mitteldeutsch-böhmisch-bergdeutsche Koalition gewonnen sein, wenn es ihr gelingt, in einem ersten Schritt die russische Verwaltung aller deutschen Ostgebiete und in einem zweiten Schritt deren deutsche Selbstverwaltung zu erreichen. Danach kann sich die DDR auch

formell in **Das Deutsche Reich** umbenennen, die in Westdeutschland gelegenen preußischen Provinzen zurückfordern und die förmliche Alleinvertretung aller Deutschen auf internationaler Bühne beanspruchen. DDR-Deutschland wird auch dem Gebiet nach das größte aller Deutschländer sein. Den separatistischen Widerstandsnestern im Rheingraben wird Reichsexekution angedroht.

Als Kulturnation hat Deutschland in Nord- und Osteuropa seinen größten Rückhalt und im Amerikanismus seinen gefährlichsten Feind. Der Amerikanismus ist aber nur der vulgarisierte Ausfluß Westeuropas auf dem geistigen Stande des frühen 18. Jahrhunderts. *Nicht der Osten bedroht die deutsche Kultur, sondern der Westen.* Ihm muß eine volkstümliche, die klassische und romantische deutsche Überlieferung nicht nur pflegende, sondern auch fortsetzende Kulturpolitik entgegengestellt werden (zu finanzieren aus hohen Schmutz- und Schundsteuern auf die Produkte der amerikanischen Bewußtseinsindustrie). Ohne mittel- und bergdeutsche Kulturhegemonie gibt es keine politische und ökonomische Vorherrschaft über Westdeutschland.

Wehrpolitisch muß die Nationale Volksarmee zunächst mit der Bundeswehr darin gleichziehen, daß jeder junge Westdeutsche seine Wehrpflicht auch in der NVA statt in der Bundeswehr ableisten kann, das Umgekehrte aber auch allen Mitteldeutschen gestattet ist; das stärkt den nationalen und schwächt den internationalen Charakter aller deutschen Armeen. Nur die NVA trägt eine wirklich deutsche Uniform: sie wird die Uniform der künftigen Reichswehr sein. Daher sind die uniformierten öffentlichen Auftritte von NVA-Soldaten in den anderen Deutschländern stark zu vermehren.

Bevölkerungswanderungen sind wirksame soziale Waffen im Kampf der Staaten, Kulturen und Kontinente. So wie transatlantische Mächte heute Westeuropa und insbesondere Westdeutschland in ihrer nationalen Substanz zu vernichten suchen, indem sie unter dem Druck ihrer Weltmedienherrschaft raumfremde Bevölkerungen nach Europa schleusen, hat auch eine nationale DDR die Möglichkeit, die *Wanderungswaffe* gegen eine weiterhin separatistische BRD wirksam einzusetzen. Es kann z.B. ein großer Teil der mitteldeutschen Bevölkerung durch vorübergehende westzonale Hauptwohnsitznahme mit BRD-Papieren versorgt werden; oder möglichst viele Österreicher, deren Fernhaltung vom Reich ein besonderes Anliegen der Separatisten ist, können wieder förmlich zu Reichsdeutschen gemacht werden, indem die DDR ihnen ihre Staatsangehörigkeit verleiht.

Die Bonner Separatisten wollten niemals die DDR destabilisieren. Sie brauchten eine abschreckende DDR zur Eigenstabilisierung. Eine nationale DDR dagegen, die die Rolle eines deutschen Piemont spielt, könnte mit der taktischen Migration eini-

ger Millionen Deutscher in ihrem eigenen Lande durchaus die BRD destabilisieren und das Bonner Regime so tief demütigen, daß es vor seinem Untergange nun seinerseits Mauern und Grenzbefestigungen durch Deutschland baut.

Aber der Wettlauf um den Besitz Westdeutschlands wird nicht leicht zu gewinnen sein. Bonn ist finster entschlossen, um sich herum eine soziale Prätorianergarde von fünf bis sechs Millionen kulturfremden Ausländern zu formieren, deren Hiersein an die Fortdauer seines Regimes und damit an die Teilung geknüpft ist. Der Kampf um die Einheit wird schon heute als deutscher Rassismus verschrien und die Verteidigung des Teilungsbesitzes als Anti-Rassismus-Kampagne getarnt. Andererseits sind die beschriebenen Prinzipien einer Reichserneuerungskampagne nicht an einen staatlichen Akteur gebunden, sondern können sowohl das Programm einer legalen Nationalbewegung in Westdeutschland wie das eines gesamtdeutschen Aufstandes sein. Wie es auch kommen wird: die Nationale Revolution Deutschlands wie die nationale Erneuerung aller Völker Europas ist nicht aufzuhalten. - *Am Grunde der Moldau wandern die Steine. / Es liegen drei Kaiser begraben in Prag. / Das Große bleibt groß nicht und klein nicht das Kleine. / Die Nacht hat zwölf Stunden, dann kommt schon der Tag.* (Bert Brecht)